

Bezugpreis:
Wöchentlich 4.75 RM, monatlich 12.50 RM,
jährlich 120 RM, vorauszahlbar. Einzelne
Nummern 10 Pfennig. Postbezug:
Monatlich 1.25 RM, evtl. Zustellungs-
gebühr. Unter Kreuzband für Deutsch-
land u. Oesterreich-Ungarn 1.50 RM,
für das übrige Ausland 2.00 RM, bei
jährlich einmaliger Zustellung 1.50 RM.
Schlüsselungen nehmen an: Schweden,
Dänemark, Holland, Dänemark, Schweden
und die Schweiz. Ausgegeben in die
Welt-Verlags-Vertriebsstelle.
Der „Vorwärts“ erscheint wochentags
zweimal, Sonntags einmal.
Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:
Die aufgestellten Komparativpreise
betragen 60 Pfg. „Kleine Anzeigen“,
das ist gedruckt Wort 40 Pfg. (z. B. 10
Wörter gedruckt Wort), jedes weitere
Wort 20 Pfg. Stellungs- und
Schlüsselungen 10 Pfg. jedes weitere
Wort 15 Pfg. Jedes weitere Wort 15 Pfg.
Wörter über 15 Buchstaben zählen für
zwei Wörter. Kauterungszuschlag 10%,
Familien-Anzeigen, politische und
gewerkschaftliche Berichte - Anzeigen
60 Pfg. die Zeile. Anzeigen für die
nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
nachmittags im Handgehalt. Berlin
K. 11. 11. Lindenstraße 3. abzugeben
werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis
8 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Nordplatz, Nr. 15190-15197.

Donnerstag, den 20. Februar 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Nordplatz, Nr. 11753-54.

Die Unruhen im Reich.

Die Unruhen im westlichen Industriegebiet.

Der Spartakistenputsch in Elberfeld.

Elberfeld, 20. Februar. (Eigener Drahtbericht des
„Vorwärts“.) Die hiesigen Spartakisten haben, verstärkt
durch Zugang von außerhalb, gestern und gestern nacht schwere
Unruhen hervorgerufen, die zahlreiche Opfer gefordert haben.
Als gestern morgen die Arbeiter in die Fabriken gehen woll-
ten, wurden sie von bewaffneten Leuten am Eintritt verhin-
dert. So bereits gearbeitet wurde, zwang man die Leute mit
Waffengewalt, die Arbeitsstelle zu verlassen. Mittags 11 Uhr
sah vor dem Rathaus eine Demonstration von Arbeitslosen
statt. Führer der Unabhängigen forderten nach einer An-
sprache die Massen auf, auseinanderzugehen. Ein Mann
namens Brink, der einen
erheblichen Teil seines Lebens im Zuchthaus
zugebracht hat, forderte dagegen auf, ihm zum Bahnhof zu
folgen. Dort wurden nun von Spartakisten Ansprachen ge-
halten und die Menge aufgefordert, mit Gewalt gegen
den Bahnhof und das Eisenbahngelände
vorzugehen. Als die Menge versuchte, in die Gebäude
einzudringen, machte die Sicherheitswache von ihren Schu-
swaffen Gebrauch. Hier Tote und 15 Schwerver-
letzte waren das blutige Resultat. Nachdem schon vorher in
den Läden geraubert worden, plünderte das Ge-
sindel abends im Willenviertel. Anonyme Plakate for-
derten zum politischen Massenstreik auf. Das politische Motiv
ist aber in Wirklichkeit nur ein Ausschlag für
das persönliche Interesse lichtschenen
Gesindels.

Inzwischen haben sich die Spartakistenführer schamlos in
Sicherheit gebracht. Die Unabhängigen spielen eine zweifel-
hafte Rolle. Sie haben bekannt, mit den Ausschreitungen
nichts zu tun zu haben, verteilten aber zugleich
Flugblätter zum Generalstreik mit Drohungen
gegen die Regierung Ober-Scheidemann. Auch in der letzten
Nacht ist es wiederholt zu Schieberereien gekommen, wo-
bei es Tote und Verwundete gegeben hat.

Die Spartakisten haben die Eisenbahnschienen
aufgerissen, so daß der Bahnverkehr eingestellt werden
müßte. Die Regierungstruppen halten den Bahnhof besetzt
und stellen auch in der Stadt die Ruhe wieder her.

Dente ist zwischen dem hiesigen Arbeiterrat und der
Stadtverwaltung ein Abkommen getroffen worden, wonach
eine Bürgerwehr gegründet wird, die den Schutz
der Stadt übernimmt. Sobald diese Bürgerwehr gebildet
ist, sollen die Regierungstruppen zurückgezogen werden.

Der Generalstreik in Bochum.

Bochum, 20. Februar. (Eigener Drahtbericht des
„Vorwärts“.) Der von den Spartakisten verhängte Gene-
ralstreik ist als verpufft anzusehen. Es feiern nur noch
dreizehntel diejenigen Zeichen, auf denen die allenthalben
gebildeten Zeichen zu wehren noch nicht eingeführt sind.
Allzut, der Führer der Bochumer Spartakisten, erschien
gestern abend mit einer Delegation am Verhandlungsbureau
der Bergleute und fragte dort an, ob: 1. die Möglichkeit be-
stände, die Belegschaften bei Wiederaufnahme der Arbeit
gegen die spartakistischen Angriffe zu
schützen; 2. wurde gewünscht, daß mit den Belegschaftsver-
tretern der anderen im Streit befindlichen Zeichen wegen
Wiederaufnahme der Arbeit Verhandlungen
geführt würden. Und 3. wünscht die Belegschaft Unter-
stützung, wenn sie durch spartakistischen Terror
von der Arbeit zurückgehalten würde. Damit ist im gan-
zen Bezirk Bochum der Streik zusammen-
gebrochen.

Im nördlichen Bezirk herrschen jedoch die
Spartakisten noch. In Vortrop haben sich
schwere Kämpfe entwickelt. Die Spartakisten schickten
3000 Mann und 8 Geschütze von Sterkrade aus und verlang-
ten die Auslieferung der Waffen vom Ar-
beiter- und Soldatenrat. Als dies abgelehnt wurde,
begann der Kampf. Das Rathaus erhielt 4 Volltreffer.
Um 6 Uhr abends mußte sich die Besatzung ergeben. Die
Spartakisten besetzten den ganzen Ort. Nach diesem
Kampfe wurden noch vier Beamte mit dem
Kolben erschlagen. Es ist zurzeit noch nicht festzu-
stellen, wie hoch die beiderseitigen Verluste sind, da die Ver-
bindung mit Vortrop vollständig abgebrochen ist.

Scheidemann über die Lage im Ruhrrevier.

Weimar, 20. Februar. (Eigener Drahtbericht des
„Vorwärts“.) In der Nationalversammlung wird heute
Scheidemann über die Lage im Ruhrrevier sprechen.

Der Münchener Putsch.

Wilhelmshafener Matrosen als Urheber.

Zu den Münchener Vorgängen gibt W. folgende Dar-
stellung: Vor dem Landtagsgebäude, wo zurzeit der Rätekongreß
tagt, erschien Mittwochnachmittag eine ungefähr 60 Mann starke
Matrosenabteilung in der Absicht, das Landtagsgebäude
zu besetzen. Später gesellten sich dazu noch Pioniere. Von
verschiedenen Seiten wurde versucht, die Matrosen und Pioniere
zum Abzug zu bewegen. Einige Matrosen drangen jedoch in den
Eingang des Landtagsgebäudes ein und warfen Handgrana-
ten, was von der im Gebäude befindlichen Wache mit Gewehr-
feuer beantwortet wurde; dabei wurden zwei Personen verletzt.
Im Rätekongreß, der trotz der Zwischenfälle weiterlagte,
wurde mitgeteilt, daß der Bahnhof, das Telegraphen-
amt, das Polizeipräsidium sowie die Stadtkom-
mandantur von aus Wilhelmshafen gekommenen Matrosen
besetzt worden seien. Der Stadtkommandant, der Polizeipräs-
ident sowie der Sekretär des Ministerpräsidenten seien verhaftet.
Das Gebäude wurde bald wieder von republikanischen
Truppen und von einer Abteilung des Leibgrenadier-Regi-
ments befreit und die Verhafteten wieder in Freiheit gesetzt.
Der Sekretär des Ministerpräsidenten machte im Kongreß die
Mitteilung, daß Prinz Joachim von Preußen, der sich
im Hotel Bayerischer Hof in München unter dem Namen eines
Grafen Metz aufhielt, verhaftet worden sei, weil er im Ver-
dacht stehe, mit den Unruhen im Zusammenhang zu
stehen. Ein noch heute abgehaltener Ministerrat beschäftigte sich
mit der Angelegenheit. Der Führer der Matrosen, Lotter,
wurde gleichfalls verhaftet. Die an dem Putsch beteiligten
Matrosen erklärten, daß sie irrefühlerweise worden seien.
Ihre Waffen haben sie dann freiwillig abgeliefert.

Da der verfassunggebende Landtag am Freitag im Landtags-
gebäude zusammentritt, hat der Rätekongreß beschlossen, seine
weiteren Beratungen vom Landtagsgebäude nach dem
Deutschen Theater zu verlegen.

Die Regierung des Königreiches Bayern erklärt, daß niemand
befugt ist, den Schutz des Landtags zu übernehmen und seine Ar-
beiten zu sichern, als sie selbst und die von ihr beauftragten
Organe. Die Regierung hat die notwendigen Maßnahmen ge-
troffen, um den Landtag zu schützen. Die Regierung wird auch
die Schuldigen des heutigen Unternehmens verfolgen und
warnt dringend vor jeglichem Putschversuch, von
welcher Seite er auch kommen mag.

Zu der Angelegenheit wird uns noch aus München mit-
geteilt, daß der Putsch, an dem der Prinz Joachim be-
teiligt sein soll, von gutgläubigen Leuten gemacht sei, die
keinen Auftrag dazu hatten. Das Ergebnis der Unter-
suchung muß abgewartet werden. Die Anführer sind
verhaftet. Der Prinz soll an der ganzen Sache unbe-
teiligt und auch nicht verhaftet sein.

Nachklänge zum Nürnberger Putsch.

Die Spartakus ein Blutvergießen inszeniert.

Nürnberg, 20. Februar. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.)
Hier ist noch dem Spartakusputsch wider Ruhe eingetreten.
Dah es sich hier um einen wohl vorbereiteten Putsch
handelte, geht daraus hervor, daß bereits am vorigen Freitag der
Geschäftsführer und Parteisekretär Bayer der unabhän-
gigen Partei in Nürnberg in einer Versammlung Dinge an-
kündigte, von denen er im Augenblick nicht sprechen konnte. Der
Zeitpunkt sei gekommen, wo den verräterischen Reichssozialisten
das Nest aus der Hand gerissen werden würde. Man
kann danach annehmen, daß die unabhängige Partei, wenn ihr
Parteisekretäre derartige Ankündigungen macht, an den Vorgängen
nicht ganz unbeteteiligt gewesen sein kann.

Die Vertrauensleute der sämtlichen Truppen der Garnisonen
Nürnberg, Fürth und Erlangen fordern in einer Entschließung
die sofortige Verhaftung aller derjenigen, die am Tage
der am 16. Februar Gefallenen, an den Plünderungen und Räube-
reien schuld sind.

Von unabhängiger Seite wird behauptet, der erste Schuß sei
aus dem Generalkommando in Nürnberg gefallen. In-
zwischen wurde festgestellt, daß bereits am Vormittag des 16. Fe-
bruar im ersten Stockwerk des weißen Turmes in der Nähe des
Generalkommandos ein Maschinengewehr schußbereit
eingebaut wurde. Die Besatzung dafür war bereits am Tage
vorher angeworben worden. Sie war angewiesen worden, sich
zur Demonstration bereit zu halten und dann, wenn der
Demonstrationzug an das Generalkommando herangekommen war,
nicht auf die Bewaffneten im Innern, sondern auf die harmlos
herumgehenden einige Schüsse abzugeben, dann
aber sofort das Feuer nach der Kaserne zu ver-
legen, in bezug auf das Generalkommando besetzt.

Die Frauen und die Gemeinde-
politik.

Von Gertrud Jucker.

In Kreisen, in denen man dem Frauenstimmrecht nicht
günstig gesinnt ist, hat man vielfach Bedenken geäußert, ob
die Frauen befähigt sein werden, auf dem Gebiete der großen
Politik fruchtbringend mitzuarbeiten; der Zukunft wird es
vorbehalten sein, darüber zu entscheiden und diese Bedenken
hoffentlich zu entkräften. — Für die Gemeindegewählten werden
wohl auch die stärksten Gegner des Frauenstimmrechts keine
ehelichen Zweifel erheben können; haben doch die Frauen
auch ohne wählen zu können oder wählbar zu sein den Ver-
pflichtungsnachweis für die kommunale Arbeit längst erbracht.
Sind doch vielfach Maßnahmen sozialfürsorglicher Natur
zunächst von Frauenvereinen durchgeführt worden und erst
viel später von den Kommunen übernommen worden.

Ihr neues Amt werden die Frauen nicht nur in der
Weise aufzufassen haben, daß sie nach den allgemeinen Grund-
sätzen ihrer Partei zu arbeiten haben, sondern daß sie bei
den zahlreichen Aufgaben der Gemeindepolitik, die das
Familienleben und den Haushalt tief berühren, den speziell
weiblichen Standpunkt betonen. Bei den Fürsorge-
maßnahmen werden die sozialdemokratischen Frauen in den
Stadtparlamenten zu zeigen haben, wie diese Probleme vom
Standpunkt der Frau und Mutter gesehen und behandelt
werden müssen. Denn bei der Einführung des aktiven und
passiven Frauenwahlrechts kam es nicht allein darauf an, ein
Werk der Gerechtigkeit zu vollziehen, indem man die
größere Hälfte der Menschheit nicht länger von der Ausübung
ihrer staatsbürgerlichen Rechte ausschloß, auch nicht nur
darauf, den einzelnen Parteien eine größere Anzahl von
Wählern zuzuführen, sondern der Hauptwert liegt in der
Erkenntnis, daß den Bedürfnissen der aus Männern und
Frauen bestehenden Volksgemeinschaft nur dann in be-
friedigender Weise Rechnung getragen werden kann, wenn
Männer und Frauen, die ihren verschiedenen Anlagen ent-
sprechend den Problemen des Lebens auch verschiedenes gegen-
überstehen, an der Ausarbeitung der Maßnahmen beteiligt
sind und sich zu ergänzen vermögen.

Unser kostbarster Besitz, unsere Kinder, müssen unter
Verhältnissen aufwachsen, die die Entwicklung zu körperlich
und geistig gefunden Menschen ermöglichen. So sehr wir
uns gerade vom Frauenstandpunkt dagegen wehren, daß
durch gesetzgeberische Maßnahmen plump in die intimsten
Vorgänge, die es zwischen Menschen gibt, eingegriffen wird,
ebenso sehr entspricht es dem innersten Wesen der Frau, do-
hin zu streben, daß die Frauen sorglos und mit Freude
Familienzuzuwachs entgegensehen können. Was heute der
Proletarierfrau das dritte oder vierte Kind bringt, ist
eine Fülle von Arbeit und Kosten, was es für nimmt, ist
der letzte Rest ihrer ohnehin so knapp bemessenen freien Zeit,
das letzte freie Leben ihrer ohnedies so kümmerlichen Groß-
stadtwohnung. — Nicht durch Gebärzwang wird man
die Zahl der Kinder vermehren, sondern durch eine ge-
sunde Boden- und Wohnungspolitik der Ge-
meinden werden die Vorbedingungen geschaffen werden
müssen, um für jeden neuen Weltbürger, gleichviel ob armer
oder reicher Herkunft, ausreichend Raum, Licht und Luft
zu schaffen.

Es wird für ausreichenden Schwangerschutz zu sorgen
sein, wofür bis jetzt nur herzlich wenig getan ist. Aus-
reichende Ernährung und ärztliche Versorgung für jede
schwängere Frau müssen überall gewährleistet werden. Nicht
mehr sollen die Entbindungen in räumlich und hygienisch
vollkommen ungenügenden Wohnungen stattfinden müssen.
Entbindungsanstalten mit ausreichender Betten-
zahl und angeschlossenen Schwangerenheimen, die
unehelichen Müttern für die Zeit vor der Entbindung, wo
sie nicht mehr arbeiten können, Zuflucht gewähren, sind eine
Forderung, die besonders die sozialdemokratischen Frauen in
den Gemeindeverwaltungen erheben müssen.

Die Fragen des Jugendschutzes und der
Jugendfürsorge werden in den Stadtparlamenten
einer eingehenden Erörterung bedürfen. Von bürgerlicher
Seite wird in hereditären Worten über die Verwahr-
losung der Jugend, über ihre wachsende Kriminalität ge-
klagt. Niemand aber erkennt an, daß die Schuld für diese
bebauerten Worten Vorkommnisse weder bei der Jugend noch
bei den Eltern zu suchen ist, sondern, daß sie allein die Ge-
sellschaft trifft, die es bisher vernachlässigt hat, ausreichende
und zweckmäßige Maßnahmen zur Behütung der Jugend zu
treffen. Nicht mit Mitteln und Einrichtungen privater

Wohltätigkeit kann hier vorgegangen werden, nur großzügige Maßnahmen der Gemeinden können helfen, die von sozialistischem Geiste getragen sind.

Es darf in Zukunft nicht mehr vorkommen, daß Kinder, die ihre natürlichen Beschützer verloren haben, nach Bureaukratischen Grundrissen in Pflege gegeben werden. Heute wird diese Unterbringung häufig unter denselben Gesichtspunkten vorgenommen wie die Vergabung öffentlicher Arbeiten im Submissionswege: das billigste Angebot erhält den Zuschlag! Diese Politik wird dort, wo es sich um Menschenleben und Menschenglück handelt, zu einer Sünde. Wer das Elend dieser lieblos behandelten, von unverständigen Pflegeeltern mit Arbeit überbürdeten jungen Wesen kennt, der weiß, daß private Wohltätigkeit gar nichts nützen kann. Nur eine sozialistische Gemeindepolitik kann hier Wandel schaffen, diese Aufgaben können in befriedigender Weise nur gelöst werden, wenn sich auch warmherzige, mütterliche, von sozialistischem Geiste erfüllte Frauen dafür einsetzen.

Noch viele andere Probleme, wie z. B. Schul- und Ernährungsfragen und so manche andere, bedürfen dringend der Mitarbeit sozialistischer Frauen; erst durch diese Mitarbeit werden sie für die breite Masse der arbeitenden Bevölkerung fruchtbringend gestaltet werden können.

Nicht wie bisher Wohltätigkeit, wodurch die beständige, alle Vorgesänge der Kultur genießende Oberschicht sich ihre Bewußtseinsruhe gegenüber einer feilisch, physisch und materiell notleidenden Unterschicht erkaufte, soll weiter geübt werden, sondern vom Geiste der Menschlichkeit getragene Gerechtigkeit soll auch in die Stadtparlamente einziehen und von den Frauen gefördert werden.

Tagung der bayerischen Landeskonferenz.

München, 20. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Landeskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Bayerns sah folgende Beschlüsse:

Von dem Antrag der Landeskommission ist Punkt 1, Annullierung des Volkswahlgesetzes, durch den Beschluß des Ministeriums erledigt. Punkt 2, Gegenzeichnung aller Verträge des Militärministeriums wird als eine technische Unmöglichkeit erklärt, so lange der Militärminister ein Sozialdemokrat ist. Diese Forderung auch nicht nötig. Punkt 3: Der Militärminister wird jeden Offizier, der ihm als Konterrevolutionär bekannt ist, entlassen. — Voraussetzung ist, daß ihm die Beweise unterbreitet werden, für die erbehaltenen Anschuldingen. Punkt 4 gilt als erledigt, da das Kadettenkorps durch das Militärministerium zu einem Realgymnasium umgebildet ist. Punkt 5, die neue Heeresaufstellung betreffend. Hier handelt es sich grundsätzlich um eine Reichssache. Soweit Bayern hierauf Einfluß ausüben kann, werden Anregungen genau angenommen und mit den Anregern verhandelt. Punkt 6, Die dem Militärminister unterbreiteten Beschlüsse des Soldatenrates werden so schnell als möglich erledigt werden.

erner wurde beschlossen: Die Konferenz ersucht die sozialdemokratische Landtagsfraktion nach Möglichkeit nach folgenden Grundsätzen zu wirken. Die Arbeiter- und Bauernräte wahren die gesamten Interessen des arbeitenden Volkes. Sie haben keine gesetzbrechende, vollziehende Gewalt. Sie entsenden nach Bedarf Vertrauensmänner in die öffentlichen Körperschaften und Verbände, um dort Wünsche und Beschwerden des arbeitenden Volkes zu vertreten. Zentralräte der Arbeiter- und Bauernräte haben das Recht, Erhebungen zu veranlassen und besonders angelegte Fälle selbst durchzuführen, dem Landtage Gesandtschaften zu unterbreiten, sowie diese dem Landtage durch ihren Vertreter zu begründen. Die Mitglieder des Zentralrates genießen, abgesehen von ehelichen Handlungen, bei Ausübung ihres Amtes, Immunität.

Organisation und Wahl der Arbeiter- und Bauernräte regelt ein Gesetz. Ferner wird der Antrag angenommen: Die Reichstagsmitglieder des Soldatenkongresses werden ersucht, im Kongress

den Antrag zu stellen, daß der Kongress der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte sofort geschlossen wird. Einstimmig wird ferner beschlossen, daß nur Soldaten Mitglieder von Soldaten- und Kasernenräten und des Vollzugsausschusses sein können.

Reichskonferenz aller Arbeiterräte der Waffen- und Munitionsfabriken.

Am Sonntag, den 9. März 1919, 10 Uhr vormittags, findet im Kaiserpalast in Erfurt eine Reichskonferenz der Arbeiterräte der gesamten Waffen- und Munitionsindustrie Deutschlands statt, zu der alle staatlichen und Privatfabriken ersucht werden. Arbeiterräte zu entsenden, und zwar bis 2000 Arbeiter einen Delegierten, für je weitere 2000 einen Delegierten.

Der Zweck der Konferenz soll sein, über die zukünftige Herstellung von Waffen und Munition zu entscheiden und eine schnelle Herbeiführung der Friedensproduktion zu erzielen.

Anfragen sind zu richten an Kollege Siegmund, Arbeiterrot Gewehrfabrik Erfurt, für Groß-Berlin an Kollege Wagner, Arbeiterrot Gewehrfabrik Spandau.

Schleifung der letzten Junkerburgen.

Eine demokratische Verordnung über die Zusammenfassung der Kreistage.

Kattlich. In der gestrigen Sitzung des Staatsministeriums ist der Entwurf einer Verordnung über die Zusammenfassung der Kreistage und über einige weitere Änderungen der Kreisordnungen beschlossen worden. Hauptinhalt der Verordnung ist der Fortfall des Wahlverbandes der größeren Grundbesitzer und die Befreiung der einschränkenden Bestimmungen für die städtischen Stimmen im Kreistage. Die einzigen Wahlverbände sind die der Städte und der Landgemeinden. Auf sie werden die Kreisabgeordneten nach dem Verhältnisse der städtischen Stimmen zur ländlichen Bevölkerung verteilt. In den Städten werden die Kreisabgeordneten durch die Stadtverordnetenversammlungen, in denjenigen Landgemeinden, auf die mindestens ein Kreisabgeordneter entfällt, durch die Gemeindevertretungen gewählt. In den kleineren Landgemeinden und in den Gutsbezirken werden die Kreisabgeordneten direkt durch die Einwohnerwahl nach Wohnbezirk gewählt. Sowohl bei der indirekten als bei der direkten Wahl findet das Verhältniswahlrecht statt.

Die Kreistage sind bis zum 4. Mai d. J. neu zu wählen. Die neu gewählten Kreistage wählen ihrerseits die Kreisräte und Kreisdelegationen neu, gleichfalls nach dem Verhältniswahlrecht. Die Verordnung gilt hinsichtlich der Kreisabgeordnetenwahl nicht in Westpreußen, Posen, Oberschlesien und Hohenzollern.

Für die Ernennung der Landräte besteht es zwar bei dem Vorschlagsrecht der Kreistage, in dessen Rahmen die besonderen Qualifikationsvoraussetzungen für das Amt des Landrats fort.

Gültigkeit und Ungültigkeit früherer Gesetze

Weimar, 20. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Nationalversammlung wird ein Gesetzentwurf vorgelegt, der besagt, daß die bisherigen Gesetze und Verordnungen des Deutschen Reiches in Kraft bleiben, soweit dem nicht dieses neue Gesetz sowie die anderen neueren Gesetze entgegenstehen. Das gleiche gilt für die von den sechs bzw. fünf Volksbeauftragten erlassenen Gesetze und Verordnungen. Ein Verzeichnis dieser letzteren wird der Nationalversammlung innerhalb Monatsfrist zugehen. Von der Regierung sind noch Monatsfrist außer Kraft zu setzen solche Gesetze, von denen die Nationalversammlung dieses mit Mehrheit beschließt.

Die erste Frauenrede.

In der Nationalversammlung hat am Mittwoch Genossin Zuchacz als die erste Frau in einem deutschen Parlament das Wort ergriffen. Ihre Rede war ein voller Erfolg, wie selbst bürgerliche Blätter anerkennen. Genossin Zuchacz betonte, daß die Frauen auch in der politischen Arena ihr Geschlecht nicht verleugnen würden, und der Appell, den sie am Schluß ihrer Rede an die ganze Welt richtete, für die Herausgabe der deutschen Gefangenen und für die Einstellung des Hungerkriegs gegen Mütter und Säuglinge, wurde doppelt wirkungsvoll dadurch, daß er aus Frauenmunde kam. Aber Genossin Zuchacz verstand auch die Schärfe des Wortes zu handhaben, und was sie den Kriegsherrn auf der Rechten über die Meinung der Frauen an ihrer Schuld sagte, mag diesen nicht schlecht in den Ohren geklungen haben.

Braunschweig und der Staatenauschuß.

Als Vertreter Braunschweigs gehört der Nationalversammlung der bisherige braunschweigische Präsident Berges an. Im Staatenauschuß ist Braunschweig nicht vertreten. Angemeldet war ein Herr Junke, der indes nur ein Mandat von den Arbeiter- und Soldatenräten hatte. Da die provisorische Verfassung die zwingende Bestimmung enthält, daß nur solche Staaten, in denen das allgemeine gleiche Wahlrecht besteht, im Staatenauschuß zugelassen werden können, so mußte Junke zurückgewiesen werden. Braunschweig hat aber die Möglichkeit, einen Vertreter zu entsenden, da die Landesversammlung in der Lage ist, einen Vertreter in den Staatenauschuß zu entsenden.

Klerikale Lehrerhege.

Wenn ein Lehrer den Erlaß des Kultusministers durchführt.

Der Lehrer Seidel an der katholischen Schule in Jauer hat begonnen, den Religionserlaß des Kultusministers Haensch durchzuführen, indem er das Schulgebet und den katholischen Gruß beseitigt hat. Ein Sturm bricht deshalb gegen ihn los. Entschuldigend und geschützt wird er von den katholischen Geistlichen und den Kollegen des Lehrers. Vor einigen Tagen erschien der geistliche Kreisschulinspektor bei dem Lehrer und brachte ihm einen Protest mehrerer Eltern mit. Darin wurde u. a. mit dem Schulstreik gedroht. Da sich der Lehrer einfach auf die Verfügung des Ministers stützte, erklärte ihm der Kreisschulinspektor, daß ihm das wenig nützen werde, denn er verliere durch sein Ausbleiben das Vertrauen der Eltern, und wenn diese erklären würden, daß sie die Verletzung des Rechts wünschen, so wäre es wohl um seine Stelle geschehen, ja er könne überhaupt an seiner katholischen Schule mehr Beschäftigung finden.

Man droht also dem Lehrer einfach mit Amtsenthebung. Und siehe da, nachdem der Herr Kreisschulinspektor gegangen war, wurde schon am nächsten Tage eine Liste von Haus zu Haus getragen, um recht viele Unterschriften gegen den Lehrer zu sammeln. Darin wird die Beseitigung des Lehrers verlangt, wie es schon der Kreisschulinspektor vorhergesagt hatte. Fabriziert sind übrigens beide Proteste im katholischen Vereinshaus. Einer der Herren erklärte u. a.: Es bleibt alles beim alten; wir machen weiter was wir wollen. Der Lehrer Seidel wird beseitigt. — Der Kultusminister wird diesen Herren zu zeigen haben, daß nicht alles beim alten geblieben ist.

Minierarbeit gegen den „Reichsbund der Kriegsbeschädigten“.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer sendet eine Erklärung, in der es heißt: In der „Noten-Hahn“ vom 17. Februar 1919 werden zwei Entschuldigungen zum Abdruck gebracht, von denen die eine in einem Bezirk der Ortsgruppe „Gutz-Beilin“ des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer, die andere in einer

Hugo Krahn und Heinrich Zille.

Von Adolf Behne.

Die Berliner Sezession hat ihrem verstorbenen Mitgliede Hugo Krahn eine umfangreiche Gedächtnisausstellung gewidmet. Krahn starb mit 33 Jahren zu jung, als daß er ein Werk von vollkommener Selbständigkeit hätte schaffen können, denn sein Tempo war offenbar kein stürmisches. Aus den Bildern und Zeichnungen spricht aber ein treuer und seiner Mensch, dessen Entwicklung und ganz bestimmt sehr Wertvolles gedrückt hätte. Es spricht sehr für Krahn, daß in den Arbeiten trotz der Jugend des Künstlers fast ganz das Schöne noch fremden härteren Effekten fehlt, daß der Maler seiner eigenen Kraft treu geblieben ist, so daß der Gesamteindruck der Ausstellung ein menschlich und künstlerisch sehr anständiger ist.

Auf dem „Selbstbildnis mit der Mutter“, das etwa von der Qualität eines Anton Grass ist, hat er sich selbst wohl etwas zu streng dargestellt. Sehr schön aber ist die Mutter. Offenbar war etwas kindlich-Schmelzhaftes, Zärtlichkeit-verlangendes in Krahn. Das, was ihm reiflos gelang, sind einige Zärtlichkeit-erfüllte junge Mädchen, wie jenes, das sich im nächsten leeren Eisenbahncoupe, dessen Holz goldgelb von der Lampe-widerstrahlt und singend zu diecklenen scheint, vor dem dunklen Fenster an den hinausträumenden Begleiter schmiegt, vielleicht überhaupt Krahns bestes Bild. Es zeigt am reinsten seine menschliche Schlichtheit, die vom Einfachen ausgeht; zeigt, wie er das Jedische treu und innig zu realisieren sucht, ohne auf einen bestimmten „Stil“ loszuarbeiten und wie während der glücklichsten Arbeit eine immanente Musik in ihm zu tönen beginnt. . . . längst nicht in allen Bildern, aber in den besten, von denen allein hier die Rede sein soll.

Seiner Stellung nach unterscheidet sich Krahn von seinen Lehrern dadurch, daß er es verschmäht, ein Künstler des Salons und der Gesellschaft zu sein, wie etwa noch Corinth. Seine Empfindung gilt der namenlosen Masse, der Straße. „Was mir die Straße sagt“ ist der Titel einer Folge von Steinzeichnungen. Die Straße ist nicht die Hauptthema seiner Arbeit. Vergewungen hatte er es noch nicht. Er hat in einigen Bildern die Passanten gut gefaßt. Namentlich für Physiognomien hatte er einen bewundernswürdigen Scharfsinn, wie auch einige gute Porträts beweisen. Den Einfluß hat für ihn allzu gewaltigen Dourier, der manchmal stört, hätte er gewiß überwunden. In einigen anderen Bildern hat er die Straße für sich, die Wand, den Körper, ebenfalls gezwungen. Doch die mühelose Verbindung gelang ihm nicht. — Die Stadt Berlin hat einige Bilder Krahns in Besitz, leider nicht die besten. Gerade der „Gemüswagen“ gehört zu den schwächeren Leistungen, viel stärker ist der denochbar hängende Gemüswagen. Noch stärker aber wäre das zührende Bild der beiden Proletarier-

Kinder, die Mutters Wäsche anstragen. Hier ist der beste Krahn, der liebevolle, garst und treue Physiognomiker.

Das, was Krahn mißlang, Stoff und Straße zu vereinen, das eine aus dem anderen zu gestalten, das ist die Stärke des Künstlers Heinrich Zille, in dem die meisten immer noch nur den Wagemacher sehen möchten. Eine Ausstellung Bilscher Originalen in der „Neuen Kunsthandlung“, Tauentzienstraße 6 (Eintritt frei), beweist das aufs neue. Einige der ausgestellten Blätter sind fabelhaft, so der „Tumult in der Markthalle auf dem Wedding“, ein ähnliches Bewegungsmotiv, wie Biedermanns Zeichnung aus der Capella Sistina, aber von weitauf anderer dramatischer Kraft! — Welcher Kunstsalon wird uns die erste richtige Zilleausstellung bringen — mit den großartigen völlig unbekanntem Radierungen, mit den ebenso unbekanntem Bildern?!

Ludwig Anzengruber: Die Kreuzschreiber.

Schauspielhaus.

Die lustige und mitten unter dem Lachen dann wieder in dem Selbstkenntnis des alten Steinloperhannes so wunderbar gemütvoll und nachdenklich Dorfkomödie Anzengrubers feierte im weiland Agt. Schauspielhaus, das Jahrzehnte lang fast alle bedeutendsten Erscheinungen der neueren Bühnenliteratur mit konsequenter Konservativität ignorierte, eine späte und fröhliche Auferstehung. Die humorvolle satirische Volkstanz in der Charakteristik bauerlicher Typen, worin der österreichische Dichter unerreicht steht, und die durch schmucklose Alltagsprosa drückende Wärme eines ungeschickten konservativismus ignorierte, eine späte und fröhliche Auferstehung. Die humorvolle satirische Volkstanz in der Charakteristik bauerlicher Typen, worin der österreichische Dichter unerreicht steht, und die durch schmucklose Alltagsprosa drückende Wärme eines ungeschickten konservativismus ignorierte, eine späte und fröhliche Auferstehung.

Der reiche Großbauer von Grundelhof, den jede Forderung des Vergnügens — sei es eine Eisenbahn, sei es ein Rufus zu dem Glaubensbezug — mit Mißtrauen erfüllt, läßt die Familienräte der Gemeinde im Wirtshaus einen Protest wider die neue Lehre mit Kreuzen unterzeichnen, worauf der Geistliche, mit Hellenstrafen drohend, die Frauen wider die ungehorhamen Schöllchen zu einem Kreuzzug sammelt. Die Schandbuben sollen, wenn sie nicht ihre Unverschämtheit zurückziehen, vom Todebett verbannt sein und einen Wallfahrtzug nach Rom zum Papste unternehmen. Die Wechselläufe des Kampfes, in dem der Steinloperhannes die arg bedrängten Formänner schließlich zum Siege führt, werden mit ausgefallenem und immer menschlicherem Humor dargestellt. Zum Schluß markiert der Völkervertrag der Kreuzschreiber, dem sich nach Hannes Ratsschlag auch die Dorfmadel angeschlossen haben,

dergnügten Sinnes hingend auf; und die eiferfüchtigen Frauen sind heilfroh, daß sie die unaufrichtigen Gesellen glücklich wieder unter Dach und Fach bekommen. Toni, der Starke, der in dem Streit mit seiner überlegenen Ehehälfte bisher noch immer den Stärkeren zog, und durch sein Nachgeben das Signal zu einem allgemeinen Abfall gab, läßt sich mit Eifer die Vorbeeren eines solchen Sieges ein: „No Natner! Was Manner, sein wir Manner!“

Diese Schlußszenen kamen in der von Patz mit scharfer Besicht inszenierten Aufführung besonders frisch und farbig heraus und entschieden den Erfolg. Herr Zimmerer gelang die musikalische Einfalt des Toni recht ergötzlich. Agnes Straub war eine Goldhämmerin von nicht zu überbietender Solidität des Temperaments. Verblüffend echt und handfest in der listigen kochenden Schmeichelei wie in der jäh auffahrenden Festigkeit, unvergleichlich in dem spöttischen Triumph, mit welchem sie den Widerruf des aus dem Wirtshaus heimgekehrten Mannes entgegennimmt. Die rührende Figur des greisen Vrenniger gelang, durch Sommerhoff veritieren, den sein Talent auf höchste Heldenrollen weist, nicht voll zur Geltung. Wohl aber verächtlich Herr Pohl mit der Gestalt des Steinloperhannes zu fast reifer Einheit. Im Scherz wie im Ernst trug er das Weipode wirklicher Volksmäßigkeit; und die Erzählung, wie er zum Frieden mit der Welt gekommen, sang, gleich schlicht und wüchtern beglännt, anknüpfend dann in einen Jubelton des innersten Ergreifens aus: „Es kann dir nig gescheh.“

Conrad Schmidt.

Notizen.

Die Verfassung der Berliner Staatstheater. Das Organ der deutschen Bühnengenossenschaft gibt die Grundzüge bekannt, die der Angehörigen der beiden Staatstheater zusammen mit den Berufsorganisationen dem Kultusministerium am 11. Februar überreicht hat. Die Grundzüge schlagen eine Leitung vor, die auf höchstens 5 Jahre von der Volksversammlung der Angehörigen gewählt und dem Ministerium zur Bestätigung und Anstellung vorgelegt wird. Ihre Wiederwahl soll zulässig sein. Die gewählte Leitung ist die höchste Kunst- und Verwaltungsinstantz. Ein Regieresausschuß, der aus dem Leiter, sämtlichen Vorständen und aus Vertretern des Angehörigenrats besteht, berät ständig über die Spielpläne, die Anstellung und Verwendung von Solomitgliedern, die Annahme von Bühnenkollekt u. a.; der Leiter gibt die Entscheidung.

Ueber Verpflichtungen der Staatstheater in bezug auf besondere Leistungen im Bildungsdienst, diesen sehr wichtigen Punkt der Verfassungskonferenz, sagen die Grundzüge nichts. Sie wollen nur die Anforderungen für eine sozial-künstlerische und demokratische Verfassung darstellen. Das Besondere wird in dem ganzen Entwurf der Verfassung ausgesprochen sein. Die sachgemäße Gewährung jener Bildungsaufgaben würde nicht möglich sein ohne die Zuweisung von Spielplanbestimmungen an Vertreterschaften, die außerhalb der Staatstheater stehen und durch ihre Rolle in der öffentlichen Bildungsarbeit Berlins zur Entscheidung beizutragen sind.

Arbeitslosigkeitsversicherung der Spanbauer Verhältnisse angenommen wurde, bei der nicht mit Bestimmtheit feststeht, ob es sich um eine offizielle Veranstaltung der Organisation handelt. In beiden Resolutionen wird gegen die Politik der Reichsregierung und der hinter ihr stehenden Parteien im Sinne der politischen Anschauungen der Spartakisten in einer Art und Weise Stellung genommen, wie sie nur bei parteipolitischen Fanatikern verständlich ist. Der Reichsbundvorstand erwidert in der Behandlung politischer Fragen in parteipolitischen Sinne und somit in der Annahme dieser Anschuldigungen einen schweren Verstoß gegen die im § 9 der Satzungen des Reichsbundes festgelegte parteipolitische Neutralität, der nicht scharf genug zur Geltung kommen kann. Im Namen der überwältigenden Mehrheit der jetzt schon 150 000 Kameraden im ganzen Reich zählenden Organisation lehnt der Reichsbundvorstand jede Verantwortung für das Treiben parteipolitischer Heißsporne ab. Gegen die Urheber wird er mit allen Mitteln einschreiten, die ihm durch die Satzungen der Organisation zur Verfügung stehen.

Die Spartakisten befreien Lebensmittel-schieber.

Nürnberg, 20. Februar. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Zu den Nachrichten, die in der ausländischen Presse über große Lebensmittelsteigerungen durch Mitglieder des A. und S. Rates verbreitet worden sind, wird uns folgendes mitgeteilt: Es handelt sich um vier Mitglieder des Vollzugsausschusses, darunter 2 Mitglieder der unabhängigen Partei, die diese Steigerungen vorgenommen haben. Es kommen dabei Waren im Werte von ungefähr 50 000 M. in Betracht, und zwar Rindfleisch, Mehl, Zigaretten usw., zu dessen Abgabe ein hiesiger Kaufmann bestimmt wurde.

Diese Steigerungen wurden noch vor dem Spartakusputsch aufgedeckt und die Betrüger verhaftet. Unlängst des Spartakusputsches am 16. Februar erschienen nun vor dem Untersuchungsrichter eine Anzahl Bewaffnete und verlangten auf Grund eines Aufweises, den der durch die Spartakisten und Kommunisten neu gewählte Arbeiterrat ausgestellt hatte, die Freigabe der Gefangenen! Der Richter war unterzeichnet von einem gewissen Bauer, dem Vorsitzenden der unabhängigen Partei in Nürnberg. Der Untersuchungsrichter weigerte sich, die Verhafteten freizulassen, mußte sich aber der Gewaltandrohung fügen. Bisher ist es noch nicht gelungen, die Betrüger wieder festzunehmen.

Spartakus' Schuld an den Bremer Vorgängen!

Feststellungen der Korpskonferenz des 9. Armeekorps. Die Korpskonferenz des Soldatenrats des 9. Armeekorps, die gegenwärtig in Altona tagt, hat zu den Vorgängen in Bremen und den Unruhen in Hamburg Stellung genommen und hierbei festgestellt, daß der am 31. Januar abgehaltene Korpsdelegiertentag durch unrichtige Darstellung der in Bremen tatsächlich herrschenden Verhältnisse zu der Stellungnahme gegen die Regierung Koske und für Bremen gekommen sei.

Feststehe, daß die ganze Szene von der kommunistischen Partei ausging, die systematisch die Bremer Sache künstlich aufschaukelte; weil die Soldatenräte zu harmlos und politisch unreif gewesen, seien sie darauf zunächst hereingefallen.

Daraus ergebe sich, daß ein Teil des Korps Soldatenrats gänzlich unfähig sei. Daher werde es nötig, die Vertrauensfrage zu stellen, ob der Korps Soldatenrat des 9. Armeekorps auch fernerhin auf seinem Platz bleiben wolle. Die Weiterbehandlung wurde sodann auf morgen vertagt. Aus einer Anfrage ging hervor, daß das Generalkommando des 9. Armeekorps bereits morgen von Altona nach Schwerin übersiedelt.

Monarchie und Offizierkorps.

Kaisergeburtstagsfeier in der Schweiz.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben: In Genéve (Schweiz) wurde von dem dienstältesten Offizier der deutschen Internierten am 27. Januar ein offizieller Kaisergeburtstags-Gedächtnisfeier abgehalten, zu der internierte Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften erscheinen mußten. So wird hier unter den Internierten in der Schweiz ungenierte monarchistische Propaganda getrieben. In Deutschland würde man dies wohl so leicht nicht mehr riskieren, weil man von Herrn Monarchisten dort wohl mehr auf die Finger sieht; aber hier in der neutralen Schweiz geht das noch sehr gut. Im Gegenteil, es geht sogar zum guten Ton, eine antirepublikanische Gesinnung zur Schau zu tragen, denn Offiziere, die sich gegen diese Demonstration beschwerten und es mochten, eine republikanische Gesinnung zu haben, werden gesellschaftlich „geknippt“ und vielfach nicht mehr gedrückt. Einem wurde sogar mit „Verhauen“ gedroht. Ich glaube, es wäre angebracht, wenn sich die Republik diese Herren einmal etwas näher ansehen würde, bevor sie später in Deutschland ihres Amtes weiter walteten. Es gibt kein kaiserliches Offizierkorps mehr, aber dies scheinen die Monarchisten, die den Umschwung in Deutschland nicht miterlebt haben und hier in stiller Besinnlichkeit und bei ausgezeichneter Verpflegung ihre alten Traditionen pflegen, noch nicht recht glauben zu wollen. Es wäre daher vielleicht ganz angebracht, wenn diesen Herren in nicht mißguter Weise bald einmal Morgemacht würde, daß die neue deutsche Staatsform die republikanische ist, und daß sie sich, wollen sie weiter Beamter oder Offizier bleiben, gefälligst danach zu richten haben.

(Eine Wohnung, die nicht nur an die deutschen Offiziere in der Schweiz zu richten ist. Red. v. „Vorwärts“.)

Die Nationalversammlung wird am nächsten Sonnabend und am folgenden Montag keine Sitzung abhalten.

Die Bewegung in England.

Eindringung eines Kongresses.

Rotterdam, 20. Februar. (Nachricht der Telegrafischen-Kompagnie.) Der Ernst der Situation im englischen Wirtschaftsleben wird durch den Plan Lloyd Georges gekennzeichnet, den er zur Beilegung der Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern entworfen hat. Auf seinen Antrag hat das Kabinett beschlossen, in der letzten Februarwoche einen Kongreß der englischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einzuberufen, der eine Aussprache beider Teile möglich macht und auf dem eine Einigung zwischen den streikenden Parteien erzielt werden soll. Die Verhandlungen des Kongresses sollen unter dem Gesichtspunkt geführt werden, daß die wirtschaftliche Lage Englands unbedingt ein Aufheben der sozialen Kämpfe verlangt. Den Vorstoß des

Kongresses soll der Arbeitsminister führen. In englischen Gewerkschaftskreisen verspricht man sich von diesem Mittel nicht allzuviel. Man sieht vielmehr in dem außerordentlichen Schritt der Regierung einen neuen Beweis für die Hilflosigkeit der Regierung, die soziale Krise in einem wirtschaftlich großzügigen Sinne zu lösen. Man glaubt nicht einmal daran, daß es der Regierung auf diesem Wege gelingen wird, den drohenden Bergarbeiterstreik zu verhindern, geschweige denn der revolutionären Welle beträchtlichen Einhalt zu tun.

Zurückziehung der amerikanischen Tuppen von der Murmanküste.

Genéve, 20. Februar. (Nachricht der „Telegrafischen-Kompagnie“.) Die „Agence Havas“ aus Washington erzählt, hat Präsident Wilson den Staatssekretär des Kriegsdepartements Baker angewiesen, die Maßnahmen für die Zurückziehung der amerikanischen Truppen von der Murmanküste zu beschleunigen.

Die Einigungsverhandlungen zwischen Bolschewiki und Sozialisten ergebnislos.

Stockholm, 20. Februar. (Nachricht der „Telegrafischen-Kompagnie“.) Nach einer Information der „Pravda“ verlaufen die Einigungsverhandlungen zwischen den Bolschewiki und Sozialrevolutionären ergebnislos, weil die Triebfeder der Verständigungsaktion, nämlich die Intervention der Entente, sich immer mehr als ein Schreckgespenst erweist. Die bolschewistische Presse behauptet, daß die Alliierten gar nicht an eine Erweiterung ihrer Intervention denken und daß die Sozialrevolutionäre nur eine Gefährdung vorzutäuschen suchen, um unter nationalem Deckmantel wieder in die Regierung hineinzukommen. Die Blätter erklären, daß die Entente immer wieder eine Verständigung mit der Sowjet-Republik anstrebt und daß die Sowjet-Regierung die ungenügenden diesbezüglichen Noten der Entente demnächst veröffentlichen werde.

Das Attentat auf Clemenceau.

Der Täter.

Paris, 20. Februar. (Havas.) Der Urheber des Anschlags auf Clemenceau, Cottin, ist 1896 geboren und französischer Nationalität. Er erklärte, er sei ausgeprägter Anarchist und habe schon ungefähr sechs Monate daran gedacht, den französischen Ministerpräsidenten zu töten, da er ihn für den größten Feind der Menschheit halte. Cottin kaufte vor zwei Tagen einem demobilisierten Soldaten einen Browning ab und versuchte in seinem Zimmer die Waffe. Da er beobachtet hatte, daß das Haus Clemenceaus bewacht war, entfiel er sich, in einer gewissen Entfernung davon das Attentat auszuführen. So gab er mehrere Revolverkugeln auf das Automobil des Ministerpräsidenten ab. Er hatte die Empfindung, daß das letzte oder das vorletzte Geschäß Clemenceau getroffen hätte. Der neben dem Chauffeur sitzende Soldat war sofort vom Wagen gesprungen, hatte sich gegen den Täter gewandt und zwei oder drei Revolverkugeln auf ihn abgefeuert, ohne ihn jedoch zu treffen. Ein Vorübergehender hielt darauf den Körper fest, der von der Menge herumgetragen wurde bis er den Händen der Polizei übergeben werden konnte. Es wurde auch ein gewisser Dreyfus verhaftet, der den Passanten ihre Brutalität verwarf. Bei seinem Verhör gab Dreyfus an, er habe im Augenblick, als er gegen das Besondere der Leute protestierte, nicht gemerkt, daß Clemenceau verletzt worden sei, und er habe Cottin nicht gekannt.

Paris, 20. Februar. Gestern abend um 8 Uhr war der Zustand Clemenceaus unverändert.

Ein Buch Wilsons über den Krieg.

Amsterdam, 19. Februar. (Eigene Drahtmeldung des „Vorwärts“.) Präsident Wilson wird ein Buch über den Krieg schreiben, in dem er Amerikas Rolle und Anteil bis zum Frieden besprechen wird.

Gewerkschaftsbewegung

Für Erhaltung und Ausbau der Bekleidungsämter.

In der am Mittwoch im Saale der Kaiserhallen am Moritzplatz abgehaltenen, sehr stark besuchten Generalversammlung der Filiale Berlin des Schneiderverbandes trat der Referent Lehmann (Vorsitzender des A. und S. Rates des Bekleidungsamts Spandau) für die Sozialisierung der Bekleidungsämter ein. Der Referent verwies darauf, daß die Filiale besteht, die dem Kriegsministerium unterstellt Bekleidungsämter nach und nach aufzulösen. Demgegenüber forderte er, daß die Bekleidungsämter unter allen Umständen nicht nur auf dem gegenwärtigen Stand erhalten, sondern im sozialistischen Sinne erweitert und ausgebaut werden. Deshalb sei es notwendig, daß die Bekleidungsämter vom Kriegsministerium losgelöst, nicht von Offizieren, sondern von tüchtigen Fachmännern geleitet und einer besonderen Behörde unterstellt werden, welche die Aufgabe habe, gemeinsam mit dem Ausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte, den Gewerkschaften und den Kriegsbekleidungs- und Instandsetzungsämtern die Lohn- und Arbeitsbedingungen festzusetzen, die Beschaffung von Arbeit zu sichern, indem sie zunächst die Bekleidung der Beamten und Arbeiter der Gemeinde- und Staatsbehörden, der öffentlichen Betriebe usw. in den Bekleidungsämtern anfertigen läßt. Aber dabei brauche man nicht stehen zu bleiben. Die Bekleidungsämter könnten auch die Anfertigung von Kleidern und Wäsche (Konfektion) für die Zivilbevölkerung übernehmen. Sie können auf diesem Gebiete mit der Privatindustrie konkurrieren, vorausgesetzt natürlich, daß sie mit den modernsten und vollkommensten Maschinen und chemischen Einrichtungen versehen und von erfahrenen Fachmännern geleitet werden. Wenn die Bekleidungsämter auf diese Weise ausgebaut werden, wenn die Bekleidungsämter auf diese Weise ausgebaut und Wäschearbeiter Arbeitsgelegenheit unter günstigen Bedingungen in häuslich einwandfrei eingerichteten Betrieben. Auch die seit Jahrzehnten bekämpfte Heimarbeit würde durch diese Maßnahmen sehr erheblich eingeschränkt werden. Auch die Herstellung von Schuhwerk und anderen Lederwaren könnte durch Bekleidungsämter betrieben werden. Der Einkauf der zu bearbeitenden Stoffe und Materialien für die Bekleidungsämter müsse natürlich auch organisiert werden. Die Verwirklichung dieser Vor schläge würde uns in der Sozialisierung ein gutes Stück vorwärts bringen. Die Regierung müsse veranlaßt werden, diese Vor schläge in die Tat umzusetzen.

Einmütig nahm die Versammlung eine Resolution an, welche die Forderungen des Referenten zusammenfaßt und von der Regierung verlangt, daß sie die Forderungen prüft und sich darüber mit den Vertretern der Schneider sowie mit dem Ausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte der Kriegsbekleidungsämter ausspricht.

Ueber mehrere Maschinenfabriken fahrende Persönlichkeiten der Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer waren vor einigen Wochen vom Bureau personaler Verteilungen gemacht worden. Der Ausschuß der genannten Genossenschaft hat jene erhabenen Anschuldigungen geprüft. Ueber das Ergebnis seiner Untersuchung teilt er jetzt folgendes mit:

1. Die Anschuldigungen treffen nicht die leitenden Herren unseres Unternehmens, sondern Personen, welche für unseren Betrieb tätig sind.
2. Die Anschuldigungen gehen vielfach aus von Personen, welche sich vor längerer oder kürzerer Zeit wegen Verstoßes gegen die Betriebsordnung wiederholt Tadel zugezogen haben.
3. Trotz eifriger Bemühens war es bislang nicht möglich, auch nur einen einzigen greifbaren Beweis für die Anschuldigungen zu finden, welche sich gegen die leitenden Persönlichkeiten richten.

Groß-Berlin

Die Soldaten bei den Gemeindevorständen.

Zur „Aufklärung“ über die Bedeutung der Gemeindevorstände für das Meer hatte in Berlin die Deutsche Nationale Volkspartei „alle“ Offiziere, Militärbeamten, Unteroffiziere und Mannschaften des Meeres, der Flotte und der Schutztruppe samt ihren Frauen zu einer „allgemeinen Versammlung“ eingeladen. Der Vorsitzende erzählte, daß er durch rund 700 Zuschriften von Kameraden aufgefordert worden sei, eine solche Versammlung zu veranstalten. Um so schmerzlicher sei er überrascht, eine so geringe Zahl von Besuchern vor sich zu sehen. In dem Riesensaal der Wilhelmshalle zählten wir, ungerne die Herren vom Vorstand und die beiden Referenten, ganze 60 Personen (neunundfünfzig!), worunter sich rund 11 Feldtruppen befanden. Recht seltsam auf den Versuch der Deutschen Nationalen Volkspartei, die Soldaten für sich zu fördern, hatten die Kameraden durch ihr Fernbleiben die richtige Antwort gegeben. Jeder Verkündigte wählte die Liste der Sozialdemokratischen Partei.

Lehrer und Lehrerinnen auf der Kandidatenliste.

Das Hauptblatt des „Deutschen Lehrervereins“, die „Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung“ (die bisher „Pädagogische Zeitung“ hieß), bringt eine Zusammenfassung der in Berlin für die Stadtbürgerwahlen auf die Kandidatenlisten der einzelnen Parteien gesetzten Lehrer und Lehrerinnen. Aus der Lehrerschaft der Berliner Gemeindevorstände hat die sozialdemokratische Partei in der Reihe ihrer Kandidaten zehn Personen (drei Männer und sieben Frauen) irrtümlich nur neun (drei Männer, darunter 2 Lehrer, 1 Lehrerin und 1 Rektor, zu denen als erster noch 1 Oberlehrer kommt). Die „Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung“ wird ungefahr im Sinne der Sozialdemokratischen Partei geleitet, sie erinnert aber bezüglich des auf der sozialdemokratischen Liste stehenden Lehrers Oscar Hübnert daran, daß bei einer Liste gegen die im „Deutschen Lehrerverein“ organisierte Lehrerschaft er ein Hauptziel für die Partei war. Bei dieser Gelegenheit wollen wir daran erinnern, daß Hübnert, dessen Gesinnung wir seit langem kennen, auch weiteren Kreisen der Berliner Arbeiterbevölkerung kein ganz neuer ist. Ihr, der an dem Kampf der Lehrerschaft gegen den Schund der Jugendliteratur sich zeitig beteiligte, lernten die Arbeiter und Arbeiterfrauen schon vor jetzt etwa anderthalb Jahrzehnten kennen als Vortragenden in einer Arbeiterversammlung, wo er aus Anlaß der alljährlich im Gewerkschaftshaus veranstalteten Jugendliteraturausstellung über die Jugendliteratur sprach. Wohlgerichtet: er, der Gemeindevorstand, war Referent in der Arbeiterversammlung! Während von den der Volksschullehrerschaft mitgenommenen Kandidaten der sozialdemokratischen Partei mindestens drei (Lehrer Hübnert, Lehrerin Pleger, Rektor Priese) an völlig sicherer Stelle auf der Liste stehen, hat von der Liste der Deutschdemokratischen Partei die Volksschullehrerschaft nichts zu erwarten. An sicherer Stelle hat diese Partei einen Lehrer Verten untergebracht, aber der Herr, der sich als Freikindler einen Namen gemacht hat, ist längst nicht mehr Gemeindevorstand, sondern Fortbildungsschuldirektor. Die „Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung“ bemängelt, daß die Deutschdemokratische Partei den ihr vorgeschlagenen Vorstehenden des Berliner Lehrervereins nicht auf die Kandidatenliste gesetzt hat, und sagt dazu: „Wir glauben nicht, daß die Partei dabei gut beraten war.“ Aber gerade die Berliner Kommunalbeamten, die jetzt den Wählern „deutschdemokratisch“ kommen, haben sich immer als warmste Freunde der Volksschulen und der Volksschullehrer ausgespielt.

Pfländerer heben ein Spielkloß aus.

Die Bande des Westens, die seit einigen Wochen die Gegend zwischen der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche und dem Kaiserlichen Platz unsicher macht, und von der man schon einige Klugzüge hatten konnte, hat in der vergangenen Nacht wieder einen Klugzug gegen eine Spielergesellschaft ausgeführt, der ihr reiche Beute brachte.

In dem Hause Kuglbürger Straße 7D vereinigte sich im „Klub Deutscher Rensport“ allnächtlich eine erhebliche Anzahl von Spielern, die sich am grünen Tisch bis in den Morgenstunden unterhielten. Die „Klubgäste“ rekrutierten sich aus Damen und Herren, die nach Schluß der Lokale und Wälle sich dort vereinigen. Ständige Gäste sind einige Kinogötzen. Für delikate Speisen wurde gesorgt — die Stammzahlzeit war ein Riesenschmelz für 15 Mark — und auch Sekt war zu dem soliden Preis von 100 Mark zu haben.

Heute nacht wurde das Vergnügen jäh gestört. Gegen 8 Uhr erschienen in dem Klub etwa 8 bis 10 bewaffnete Männer. Sie waren im Besitz von Handgranaten und Revolvern, richteten sie drohend auf die überzessenen Klubgäste und forderten Ablieferung aller Gelder und Schmuckstücke. Einer der Damen wurde der Schmuck im Werte von 40 000 Mark weggenommen. Ein barem Gelde fielen den Banditen mindestens 60 000 Mark in die Hände. Während die Spielergesellschaft mit den Revolvern im Schach gehalten wurde, gelang es einem Besucher über die Hintertropfen zu entkommen und die Polizei zu alarmieren.

Daraufhin gingen 8 Beamte und 4 Soldaten nach der Kuglbürger Straße. Dort wurden sie von einem der dem Hause Kuglbürger Straße 7D stehenden Droschenautomobil durch den Scheinwerfer beleuchtet. Sie mußten nun in dem Dichtegel marschieren. So wurden sie von den Banditen, die inzwischen ihren Klugzug beendet hatten und aus dem Hause kamen, bemerkt. Als sich die Beamten dem Hause näherten, wurden sie mit Handgranaten beworfen. Gleichzeitig wurden aus mehreren Revolvern gleichzeitig Schüsse abgegeben. Dabei wurde ein Soldat der Wache namens Schuhmacher getötet. Ein Beamter, der Schuhmann Rübisch, erlitt eine schwere Verwundung durch einen Wadenbeschuß. Die Banditen entkamen in der Dunkelheit.

Der Leichensund an der Mödernerbrücke ist jetzt aufgefährt. Die Gefundene ist die 31 Jahre alte Ehefrau Margarete des Tischlers Küttner aus der Reuterstraße 25 zu Neukölln, die seit dem 6. Januar d. J. vermisst worden war. Frau Küttner verfiel nach einer Entbindung in schwere Gemütsverwirrung. In dieser tiefen Niedrigelagenheit verfiel sie am 5. v. M. heimlich ihre Wohnung und kehrte nicht wieder zurück.

Reisgrane und Witten (Sturmb) werden gefahren, ihre Abwesen an den Vorständen des einzigen Berliner Soldatenrats, Genossen Robert Kober, Dresden 21, zu melden.

Nur die Oster des „Vorwärts“-Kampfes gingen bei uns ein: W. Bürgler-Berlin 4. — Geschäftsräume der Bezirksorganisation Berlin S. N. D. 40.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Wankow. Vom Sonnabend auf Abends 91 und 94 je 250 Gramm Maximale (Stund 1 M.)

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Neukölln. Heute 7 Uhr: Generalversammlung, Schultheiß-Ausschuß, Gelsenbeide.

Jugendveranstaltungen.

Schöneberg. Freitag, abends 7 Uhr, im Heim, Außen: Eds Kampfstraße: Zusammenkunft. Charlottenburg. Deutscher Jugendverband: Zusammenkunft. Freitag, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Rosinental, 4 (großer Saal). Referent: Genosse Tsch.

Verantwortlich für Politik: Kurt Jäger, Charlottenburg. Für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Rosinental; für Nachrichten: Theodor Meier, Berlin; Verlags-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Verlags-Verlag G. m. b. H., Berlin. Verlags-Verlag G. m. b. H., Berlin. Verlags-Verlag G. m. b. H., Berlin.

